

Laubuscher Vermieter will Steinbruch-IG beitreten

Einspruchsfrist gegen Schwarzkollmer Erweiterungspläne läuft ab

LAUBUSCH/SCHWARZKOLLM. Die Laubuscher Wohnungsgesellschaft will voraussichtlich der im November vergangenen Jahres gegründeten Interessengemeinschaft (IG) der Anlieger der Natursteinwerke Schwarzkollm beitreten. Das hat Geschäftsführerin Kerstin Sauer auf RUNDSCHAU-Anfrage bestätigt. „Es geht darum, Laubusch als attraktiven Wohnstandort zu erhalten“, so Sauer. Staub und Lärm des Steinbruches würden die Wohnqualität beeinträchtigen. „Die IG vertritt unsere Interessen als Vermieter“, betonte Sauer. Die endgültige Entscheidung über den Beitritt werde Freitag nach einer Informationsveranstaltung der IG fallen. Es gehe nicht darum, die Steinbruch-Erweiterung zu verhindern, er klärte die Geschäftsführerin. „Wir wollen nur, dass Auflagen eingehalten werden.“ Die IG hatte sich im November gegründet, nachdem Erweiterungspläne der Natursteinwerke Schwarzkollm bekannt geworden waren. Mittlerweile gehören der IG nach Angaben von Vorstandsmitglied Holger Galke rund 90 Bürger aus Schwarzkollm, Bröthen, Laubusch und Lauta an. Auch Galke betont, nicht gegen die Erweiterung zu sein. Die Belastung durch Staub - und Lärm müsse aber auf ein erträgliches Maß reduziert werden. Deshalb habe die IG mit Hilfe ihres Rechtsanwaltes Einspruch beim Oberbergamt gegen das Planfeststellungsverfahren eingelegt. Der Sprecher des Oberbergamtes, Peter Horler, bestätigte gegenüber der RUNDSCHAU bis gestern den Eingang von drei Einwendungen von Privatleuten gegen die Erweiterungspläne der Natursteinwerke Schwarzkollm. Zudem seien neben Stellungnahmen der Städte Lauta und Hoyerswerda weitere 16 Stellungnahmen eingegangen. Die Einwendungsfrist endet nach Angaben Horlers kommenden Dienstag. Danach würden die Einwände gemeinsam mit dem Unternehmen ausgewertet. Im Anschluss werde es einen öffentlichen Erörterungstermin mit allen Beteiligten geben. Wann dieser Termin allerdings stattfindet, hänge vom Umfang der Stellungnahmen ab. Ein genauer Termin könne deshalb noch nicht benannt werden. (mh)

Stellungnahme zum Steinbruch ist fertiggestellt

Mirko Kolodziej

Schwarzkollm. Im Verfahren um die geplante Erweiterung der Natursteinwerke im Hoyerswerdaer Ortsteil liegt seit gestern die Stellungnahme der Interessengemeinschaft der Anlieger des Unternehmens (IG) vor. Der Zusammenschluss von Bürgern aus Schwarzkollm, Laubusch und Bröthen hatte Anwälte mit deren Erstellung beauftragt. Das Papier soll nun nach Angaben der IG Mitte des Monats dem zuständigen Oberbergamt in Freiberg zugestellt werden. Auszugsweise vorgestellt wird es bei einer Mitgliederversammlung. Die Interessengemeinschaft will Auflagen erreichen, durch die Staub, Lärm und Sprengungserschütterungen aus Richtung des Steinbruchs minimiert werden. Morgen stellt sich die IG mit einer weiteren Informationsveranstaltung in Schwarzkollm vor. Sie beginnt um 18.30 Uhr im Frenzelhaus.

Zuwachs für die Kritiker der Natursteinwerke

Mirko Kolodziej

Laubusch. Die Wohnungsgenossenschaft ist der Interessengemeinschaft der Anlieger der Natursteinwerke Schwarzkollm (IG) beigetreten. Vorstands-Chefin Kerstin Sauer sagt zur Begründung, die Interessen des Bürger-Zusammenschlusses seien auch die ihres Unternehmens: „Wir haben nichts gegen die geplante Erweiterung des Steinbruches einzuwenden. Wir wollen sie aber so mitgestalten, dass sie für die Anlieger erträglich ist. Laubusch soll lebenswert bleiben.“ Die IG setzt sich dafür ein, dass der künftige Rahmenbetriebsplan für den Steinbruch Schwarzkollm Auflagen zur Minimierung von Lärm, Staub und Sprengungserschütterungen enthält. Sie haben dazu von Anwälten eine Stellungnahme zum Genehmigungsverfahren beim Oberbergamt erarbeiten lassen. Die Wohnungsgenossenschaft Laubusch bewirtschaftet im Lautauer Ortsteil im Moment 740 Wohnungen.

Neidvoller Blick nach Brandenburg

Für die Interessengemeinschaft der Anlieger des Steinbruchs Schwarzkollm begrüßen HOLGER GRALKE, NORBERT BELAU und HUBERTUS MICHLING Investitionen im Steinbruch Koschenberg (Tageblatt, 12.1.) als beispielhaft.

Mirko Kolodziej

Hier wird nicht nur im Sinne der Erreichung einer maximalen Steinförderquote investiert, sondern auch in eine Technologie, die die Wohnqualität der umliegenden Gemeinden sichert. Da die Natursteinwerke Weiland und die Basalt AG am Koschenberg vergleichbare Produktionsstandorte und Abbaumengen haben, schaut man doch etwas neidvoll auf die genannten Investitionen. Das beeindruckendste Beispiel ist die Realisierung von Schutzmaßnahmen der Basalt AG im Bereich Lärm und Staub. Durch die Verkapselung und Absaugung der Anlage werden jährlich 20000 Tonnen Steinstaub zurückgehalten. In einem Werbeprospekt der Müllverbrennungsanlage Lauta kann man gut erkennen, wohin der Steinstaub bei den Natursteinwerken Weiland geht: in die Luft. Bisher war uns gar nicht bewusst, wie groß die Menge des Staubniederschlags auf die unmittelbaren Nachbarn ist. Zudem verringert das moderne Abbauverfahren der Basalt AG auch die Lärmbelästigung. Dazu wird die Beladung in Verladehallen durchgeführt und trotzdem nachts auf Abbau und Aufarbeitung verzichtet. In Schwarzkollm dagegen wird ohne entsprechende Maßnahmen dreischichtig produziert und verladen.

Lauter Forderungen bei Steinbruch-Erweiterung

Lauta. Erst nachdem die Stadt Lauta ihren Wunsch danach kundgetan hatte, wurde sie vom Oberbergamt am Anhörungsverfahren zur geplanten Steinbrucherweiterung beteiligt. Fristgerecht zum 16. Januar hat sie ihre Stellungnahme abgegeben. Einen Tag später wurde der Stadtrat über den Inhalt informiert. Unter anderem besteht die Stadt darauf, dass die Wohnbebauung in der Laubuscher Siedlung in den weiteren Betrachtungen, Untersuchungen und Gutachten berücksichtigt wird. „Die Entfernung des Bereiches Laubusch/Siedlung zum Steinbruch liegt wesentlich unter den 1500 Metern des Ortsteils Bröthen der Stadt Hoyerswerda. Somit ist nicht nachvollziehbar, dass in den bisherigen Untersuchungen der Bereich Siedlung/Laubusch vernachlässigt und sogar gänzlich unberücksichtigt blieb.“ Im Hinblick auf das Lkw-Transportaufkommen fordert die Stadt Lauta eine Überarbeitung und Aktualisierung für die Bereiche Steinbruch und Kiessandtagebau. Auch erwartet sie eine Konkretisierung der Aussage, dass die Ferntransporte per Bahn zunehmen werden. Im Moment sei diese Aussage „zu global und nicht nachvollziehbar“. Weitere Forderungen gelten unter anderem der Ausdehnung der reduzierten Nachtzeit, die von 21 bis 5 Uhr dauert, auf 6 Uhr als eine Lärmschutzmaßnahme. Zur Eindämmung der Staubbelastung sollten die vorhandenen Schutzwälle und der noch zu errichtende Nord-Schutzwall begrünt werden. Bei lang anhaltender Trockenheit und hohen Windgeschwindigkeiten müssen die auf Halde liegenden Baustoffe befeuchtet werden. Die Stellungnahme endet mit der Erklärung, dass die Stadt Lauta unter Berücksichtigung ihrer Hinweise der Steinbruch-Erweiterung positiv gegenüberstehe. Gleichzeitig besteht sie aber auch darauf, dass die Emissionswerte in den Ortslagen Schwarzkollm, Laubusch und Bröthen an stationären Messpunkten erfasst und einer stetigen Kontrolle unterliegen müssen.

(rgr)